

Mitteilungen

FOLGE 208
OKTOBER 2012

DÖW-Neuerscheinung

FORSCHUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS UND DESSEN NACHWIRKUNGEN IN ÖSTERREICH FESTSCHRIFT FÜR BRIGITTE BAILER

KollegInnen aus dem In- und Ausland dokumentieren in der im Sommer 2012 erschienenen Festschrift – Anlass war der 60. Geburtstag der wissenschaftlichen Leiterin des DÖW – ihre Verbundenheit mit Brigitte Bailer und den vom DÖW verkörperten Werten und Anliegen. Inhaltlich orientieren sich die Texte an den Forschungsschwerpunkten Bailers: Opfer und Täter des Holocaust, Widerstand gegen das NS-Regime, Entnazifizierung, Entschädigung und „Wiedergutmachung“ nach 1945, Rechtsextremismus und Antisemitismus, Fragen der Erinnerungspolitik.

Nachfolgend ein Auszug aus den einleitenden Bemerkungen von Wolfgang Neugebauer und Christine Schindler, die den Band redaktionell betreuten und ihn Brigitte Bailer „nicht am Ende einer bemerkenswerten Laufbahn, sondern als Zwischenbilanz auf dem Weg zu weiteren Leistungen und Erfolgen“ widmeten.

Brigitte Bailer wurde am 5. März 1952 in Wien geboren und maturierte 1970 am BRG Wien 2., Kleine Spergasse 2c. 1970–1974 studierte sie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Fachrichtung Soziologie, an der Universität Wien, die Sponson zur Mag.^a rer. soc. oec. erfolgte 1974. Bereits 1979 begann sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zu arbeiten. Insbesondere ihre Tätigkeit im DÖW schildert sie Eva Blimlinger und Wolfgang Neugebauer in einem Interview, das im vorliegenden Band abgedruckt ist. 1992 promovierte sie zur Dr.ⁱⁿ phil., Fachrichtung Geschichte, an der Universität Wien. Ab dem Wintersemester 1993/94 erhielt sie erste Lehraufträge an der Universität Wien, anfangs am Institut für Politikwissenschaft, später am Institut für Zeitgeschichte. Die Lehre an der Universität, die Heranführung der Studierenden zum wissenschaftlichen Arbeiten ist ihr bis heute ein großes Anliegen. Von 1998 bis 2003 wirkte Brigitte Bailer als Mitglied und stellvertretende Vorsitzende der Historikerkommission der Republik Österreich. Die politisch-gesellschaftliche, aber auch persönliche Bedeu-

tung dieser Arbeit in der Historikerkommission betont sie im Interview im vorliegenden Band und in vielen persönlichen Gesprächen. Dieses umfassende Forschungsprojekt mit seinen vielfältigen Problemen und Implikationen war für sie eine besondere Herausforderung und von nachhaltigem Einfluss auf ihre weitere Arbeit. 2003 habilitierte sie sich als Do-

zentin für Zeitgeschichte an der Universität Wien. Nach der Pensionierung von Wolfgang Neugebauer wurde ihr im Dezember 2004 die wissenschaftliche Leitung und Geschäftsführung des DÖW übertragen. Sie ist die dritte Leiterin des DÖW in der Nachfolge von Wolfgang Neugebauer und dem Mitbegründer des Instituts Herbert Steiner. Aufgrund ihrer



**Forschungen zum
Nationalsozialismus und dessen
Nachwirkungen in Österreich**

Festschrift für Brigitte Bailer

Redaktion: Wolfgang Neugebauer
Christine Schindler

Hrsg. v. Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes

Wien 2012, 420 Seiten
EUR 19,50

ISBN 978-3-901142-61-1

wissenschaftlichen Leistungen und ihrer universitären Lehrtätigkeit wurde Brigitte Bailer 2010 zur Honorarprofessorin für Zeitgeschichte an der Universität Wien ernannt.

In den hier in einem Absatz gerafften Jahrzehnten zog sie mit ihrem zweiten Mann, dem Chemiker Josef Bailer, der auch wesentlich zum Buch *Wahrheit und „Auschwitzlüge“*. Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Propaganda (Wien 1995) beigetragen hat, drei Kinder – Cornelia und die Zwillinge Hannes und Martin – groß. Heute lebt die gebürtige Leopoldstädterin mit ihrem Mann in Niederösterreich und engagiert sich auch regional für die Erhaltung historischer Stätten. [...]

In den nun acht Jahren seit ihrer Bestellung zur DÖW-Leiterin wurden unter Brigitte Bailers Ägide drei Dauerausstellungen des DÖW erstellt: Unter Beteiligung des gesamten DÖW und mit finanzieller Unterstützung der Stadt Wien wurde im Gedenkjahr 2005 die ständige Ausstellung des DÖW im Alten Rathaus in der Wiener Innenstadt völlig neu gestaltet und erweitert. Die Ausstellung *Der Krieg gegen die „Minderwertigen“ – Zur Geschichte der NS-Medizinverbrechen in Wien* im heutigen Otto-Wagner-Spital wurde 2008 von einem Provisorium zu einem viel beachteten Museum. Die Gedenkstätte für die Opfer der Gestapo Wien wurde renoviert und die nun darin befindliche Ausstellung über Opfer und Täter der Gestapo 2011 präsentiert.

Ab 1992 wurden im DÖW die österreichischen Holocaustopfer namentlich und mit entsprechenden Daten erfasst – bis dato konnten über 63.200 ermordete Juden und Jüdinnen identifiziert werden. Im Anschluss daran wurde 2002 begonnen, die Opfer politischer Verfolgung – jener ÖsterreicherInnen, die im Zeitraum vom 11. März 1938 bis zum 8. Mai 1945 aus politischen Gründen durch das NS-Regime umkamen bzw. ermordet wurden – namentlich zu erfassen. Die Arbeiten erfolgten in Kooperation mit dem Karl von Vogelsang-Institut, die Ergebnisse werden noch 2012 publiziert.

Andere wichtige DÖW-Projekte sind mitten in ihrer Bearbeitung, so vor allem die quantitative und qualitative Auswertung des 7.000 Akten umfassenden Teilnachlasses von Rechtsanwalt Dr. Hugo Ebner und PartnerInnen im DÖW (*Vertreibung – Exil – Emigration. Die österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der Sammlung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner*), die neue Erkenntnisse zur sozialen Zusammensetzung, zur Vertreibungsgeschichte und zum späteren Schicksal der

Aus dem Inhalt

Rudolf Edlinger: Vorwort

Wolfgang Neugebauer / Christine Schindler: Festschrift für Brigitte Bailer. Einleitende Bemerkungen

Manfried Welan / Helmut Wohnout: Hans Karl Zeßner-Spitzenberg – einer der ersten toten Österreicher in Dachau

Hans Schafranek / Andrea Hurton: Wiener SS-Angehörige im „Arisierungs“-Rausch. NS-Seilschaften, Cliques und Interessengruppen im Wettkampf um „jüdisches“ Vermögen

Brigitte Ungar-Klein: „Als Kind habe ich einmal einen Lichtstrahl gekannt ...“ Die Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen, die als U-Boote überlebt haben

Peter Steinbach: An einem 18. Februar im Jahre 1943. Der Widerstand der „Weißen Rose“

Peter Black: Odilo Globocnik, Nazi Eastern Policy, and the Implementation of the Final Solution

Bertrand Perz: Die Verwertung des Opfergoldes aus den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhard“

Juliane Wetzel: Die Lager für „jüdische Displaced Persons“ in Deutschland nach 1945

Gerhard Botz: Simon Wiesenthals Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte des österreichischen Nationalsozialismus. Sein (fast) vergessenes „Memorandum“ zur „Beteiligung von Österreichern an Nazi-Verbrechen“ und die „österreichische Täter-These“

Simon Wiesenthal: Memorandum

Winfried R. Garscha / Claudia Kuretsidis-Haider: Justizielle „Diktaturfolgenbewältigung“ in Österreich nach 1945. Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Vergleich zu Westdeutschland

Hannah M. Lessing: Zum 60. Geburtstag von Brigitte Bailer

Clemens Jabloner: The legacy of Nazi-expropriation in Austria: The impact of the Historical Commission on research and restitution

Georg Graf: Einige kritische Beobachtungen zur Entscheidungspraxis des Kunstrückgabebeirates

Harald Wendelin / Verena Pawlowsky: Ermitteln und beweisen – Geschichtswissenschaft und „Arisierung“. Eine Skizze

Lorenz Mikoletzky: Das Österreichische Staatsarchiv und die Zeitgeschichte

Gertrude Enderle-Burcel: Lust und Frust des Edierens. Gedanken zu dreißig Jahren Edition der Ministerratsprotokolle der Republik Österreich

Barbara Glück: Die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Werner Dreier: Trauer, Scham – Verstehen, Lernen. Institutionsgeschichtliche Anmerkungen zu erinnern.at

Thomas Michael Baier: Österreich in der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF)

Andreas Peham: Feindbild und Welterklärung. Zur aktuellen Relevanz des Antisemitismus

Thomas Lutz: Der 23. August. Thesen zur Installierung eines europäischen Gedenktages für alle Opfer von Diktaturen und Totalitarismen

Stefan Karner: Material für „Vergeltung“ und Kampagnen: Zur Arbeit und Instrumentalisierung der „Außerordentlichen Staatlichen Kommission“ der Sowjetunion

„Ich kann mir ein Leben ohne Dokumentationsarchiv nicht vorstellen.“ Brigitte Bailer im Gespräch mit Eva Blimlinger und Wolfgang Neugebauer. Fotos von Hubert Christian Ehalt

rund 130.000 bis 140.000 Menschen erbringen soll, die ab dem Jahr 1938 wegen ihrer jüdischen Herkunft und zum geringeren Teil auch aus politischen Gründen aus Österreich vertrieben wurden bzw. flüchten mussten.

Die zahlreichen Projekte, an denen Brigitte Bailer mitgearbeitet hat, die sie konzipiert und geleitet hat, die derzeit laufen und die geplant sind, können hier nicht im Detail dargelegt werden; weitere Angaben finden sich u. a. auf der Website des DÖW www.doew.at.

Bei der Konzeption der Festschrift haben wir uns auf die Forschungsschwerpunkte von Brigitte Bailer und auf ihre Arbeiten und Kontakte der letzten 15 Jahre konzentriert: So versammelt der vorliegende

Band Arbeiten zu Opfern und Tätern des Holocaust, zum Widerstand gegen das NS-Regime, zu Entnazifizierung, Entschädigung und „Wiedergutmachungen“ nach 1945, zum aktuellen Rechtsextremismus und Antisemitismus und zu Fragen der Erinnerungspolitik, aber auch Fragen des wissenschaftlichen Arbeitens in diesem Bereich.

Ohne einen Beitrag besonders hervorzuheben, weisen wir darauf hin, dass das denkwürdige Memorandum von Simon Wiesenthal zu den österreichischen NS-Tätern (samt Begleitbrief an den damaligen Bundeskanzler Klaus vom 12. Oktober 1966) hier erstmals in vollem Wortlaut – und ausführlich kommentiert von Gerhard Botz – veröffentlicht wird.

Sommerfest im DÖW

Drei runde Geburtstage waren Anlass für das vom DÖW am 12. Juni 2012 im Innenhof des Alten Wiener Rathauses veranstalteten Sommerfestes, in dessen Rahmen auch die Verdienste der JubilarInnen – Brigitte Bailer, Irene Filip und Winfried R. Garscha – gewürdigt wurden.



Oben: DÖW-Mitarbeiter und wissenschaftlicher Ko-Leiter der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz Winfried R. Garscha (Foto: Ulli Garscha, Wien)



Rechts: Irene Filip (links im Bild, sie betreut das Spanienarchiv des DÖW) und Brigitte Bailer (Fotos oben und rechts: Walter Filip, Wien)



Oben: Im Rahmen der Feier wurde der wissenschaftlichen Leiterin des DÖW Brigitte Bailer (rechts) die druckfrische Festschrift überreicht. Links Christine Schindler, die gemeinsam mit Wolfgang Neugebauer die Publikation redaktionell betreute. (Foto: Ulli Garscha, Wien)



WIR GRATULIEREN

Dr. Christian Kloyber, international anerkannter Lateinamerikanist und Erwachsenenbildner, wurde mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Republik Österreich ausgezeichnet.

Christian Kloyber hat die vom DÖW 2002 herausgegebene Publikation *Österreicher im Exil: Mexiko 1938–1947* erstellt.

Neue Dauerausstellung im Peršmanmuseum

Nach umfassender Neugestaltung und Erweiterung der Ausstellung wurde im Sommer 2012 das Peršmanmuseum (Kopreinetzen, Bad Eisenkappel) – das einzige Museum in Kärnten, das der Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gewidmet ist – neu eröffnet.

Erarbeitet wurde die nun vergrößerte Dauerausstellung vom KuratorInnenteam Lisa Rettl, Werner Koroschitz und Uli Vonbank-Schedler im Auftrag des Društvo/Verein Peršman und des Verbands der Kärntner Partisanen.

Die Ausstellung dokumentiert u. a. die Ermordung der ursprünglichen BewohnerInnen des Peršmanhofs: Am 25. April 1945, wenige Tage vor Kriegsende, wurde der Peršmanhof als Stützpunkt des PartisanInnenwiderstandes zum Schauplatz eines Kriegsverbrechens. Mitglieder eines SS- und Polizeibataillons ermordeten die am Hof lebende Familie, vier Erwachsene und sieben Kinder. Auf Basis bis dato unbekannter Akten und aktueller Forschungsergebnisse wird das hier begangene Kriegsverbrechen nun aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

Darüber hinaus wird die Geschichte der Kärntner SlowenInnen umfassend präsentiert. Die Schwerpunkte widmen sich Verfolgung, Deportation sowie dem Widerstand der PartisanInnen, dessen Darstellung die komplexen Motive zum Eintritt in den Widerstand ebenso zeigt wie den schwierigen Überlebensalltag im Widerstand.

Audiovisuelle Medien – Hörstationen und Filmbeiträge – sowie zahlreiche biographische Beispiele rücken die Erfahrungen von ZeitzeugInnen in den Mittelpunkt und machen die regionale Geschichte lebendig und nachvollziehbar.

Weitere Informationen: www.persman.at.

Siglinde Bolbecher (1952–2012)

Die Historikerin, Exilforscherin und Lyrikerin Mag.^a Siglinde Bolbecher, als freie Mitarbeiterin und Freundin dem DÖW seit Jahrzehnten eng verbunden, starb am 6. Juli 2012 nach schwerer Krankheit im Alter von 60 Jahren.

Am 18. Juni 1952 in Wien geboren, widmete sich Siglinde Bolbecher nach dem Studium der Theaterwissenschaft, Anglistik, Geschichte und Philosophie an der Universität Wien insbesondere der Erforschung und Verbreitung der österreichischen Literatur des Exils und des Widerstands und leistete auf diesem Gebiet Pionierarbeit. 1984 war sie Mitbegründerin der Theodor Kramer Gesellschaft, der sie bis zuletzt als stellvertretende Vorsitzende angehörte. Ebenfalls seit 1984 fungierte sie als Mitherausgeberin der Zeitschrift *Mit der Ziehharmonika* (seit 2000 *Zwischenwelt*) und der *Zwischenwelt*-Jahrbücher (seit 1990). Als Herausgeberin und Lektorin prägte sie auch die *Buchreihe antifaschistische Literatur und Exilliteratur – Studien und Texte* (seit 1987); daraus entstand 1995 der Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft.

Bolbecher war u. a. Herausgeberin der gesammelten Werke von Stella Rotenberg und Mitherausgeberin und Mitautorin des Standardwerks *Lexikon der österreichischen Exilliteratur* (2000). Sie veröffentlichte zahlreiche Studien, organisierte Symposien, Tagungen und Lesungen. Besonderes Anliegen war ihr die Erforschung der Rolle von Frauen im Exil sowie des Frauen- und Männerbilds im Nationalsozialismus. 1995 organisierte sie das erste Symposium in Österreich zum Thema *Frauen im Exil*. Seit 2002 leitete sie die von ihr ins Leben gerufene Frauen-AG im Rahmen der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung. 2007 erschien die von ihr herausgegebene Publikation *Frauen im Exil*. An der Bundesakademie für Sozialarbeit in Wien, an der sie unterrichtete, hielt sie u. a. Lehrveranstaltungen zur feministischen Sozialarbeit ab. Ihre Beziehungen zum DÖW datieren lange zurück. 1985 etwa wurde hier die von ihr und ihrem Mann Konstantin Kaiser in-



Überreichung des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich an Siglinde Bolbecher, 21. März 2012: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (links) begrüßt Siglinde Bolbecher.

(Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz)

itierte Ausstellung *Kabarett und Satire im Widerstand 1933–1945* gezeigt; sie war in das Interview-Projekt *Erzählte Geschichte* ebenso eingebunden wie in viele andere Forschungen im Rahmen des DÖW zur Dimension und Leistung des österreichischen Exils. Bolbechers Geschichtsverständnis war dabei immer auch auf die Gegenwart fokussiert, so schrieb sie etwa, dass „diejenigen, die Gesetze und Verordnungen gegen Flüchtlinge dekretieren, die Geschichte des Exils kennen sollten“. Im März 2012 wurde Siglinde Bolbecher mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. In seiner Laudation führte Peter Roessler an:

„Diese großartige Lebensarbeit hat ein Zentrum, die Erforschung der österreichischen Exilliteratur, und alle hier wissen um die Bedeutung des Themas sowie um die Bedeutung von Siglindes Arbeit. Sie hat nicht nur – wie es in der Sprache der Absicherung heißt – einen *Beitrag* zu diesem Thema geliefert, sondern sie ist mit diesem Thema verbunden, sie hat es – ohne karrieristisches Berufskalkül – mitentdeckt, gestaltet und vermittelt. [...]

Damit bin ich nun bei jenen großen Leistungen angelangt, für die Siglinde Bolbecher heute die Auszeichnung erhält. Sie kommen uns in diesem Kreis oft schon selbstverständlich vor, so sehr brauchen wir sie, aber etwas verfremdet betrachtet, muss es uns wohl unglaublich erscheinen, wie das alles unter schwierigen Bedingungen, das heißt vor allem gegen allerlei politische und ökonomische Widerstände zustande gekommen ist. Es ist nicht dem fragwürdigen Genre der Laudatio geschuldet, wenn ich diese Arbeiten als epochal bezeichnen möchte und auch festhalten muss, dass sie noch viel zu wenig Anerkennung gefunden haben, denn es liegen hier Ergebnisse vor, ohne deren Berücksichtigung künftig über österreichische Literatur und Geschichte gar nicht mehr vernünftig geschrieben und gesprochen werden kann.“

(Aus: Peter Roessler, *Geschichte, Gespräch, Forschung, Erzählung. Über Siglinde Bolbecher und ihre vier großen Verdienste*, in: *Zwischenwelt. Literatur / Widerstand / Exil*, 1–2/Mai 2012, S. 14 f.)

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

EISENBACHER GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/36060 - 5401; FAX: 01/36060 - 5699
E-MAIL: office@eisenbacher.net
INTERNET: www.eisenbacher.net

Hannah M. Lessing

Verantwortung übernehmen. Zeichen setzen

Hannah M. Lessing ist Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, des Entschädigungsfonds und des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich. Sie beschreibt Aufgaben und Rolle des Nationalfonds, der – selbst „Ausdruck eines veränderten Selbstverständnisses der Republik Österreich im Umgang mit der eigenen Geschichte“ und insbesondere den NS-Opfern – diesen gesellschaftlichen Wandlungsprozess weiter vorantreibt: so wurde etwa seit der Einrichtung des Nationalfonds 1995 der Kreis der als NS-Opfer anerkannten antragsberechtigten Personen sukzessive erweitert.

Die Einrichtung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus vor nunmehr siebzehn Jahren ist das Ergebnis eines Ausverhandlungsprozesses zur Neubewertung des NS-Regimes in Österreich und dessen Unterstützung durch große Teile der österreichischen Bevölkerung. Hauptaufgabe des Nationalfonds ist die Zuwendung von Zahlungen an die Opfer der NS-Herrschaft in Österreich als Zeichen der Anerkennung des ihnen (auch von ihren MitbürgerInnen) zugefügten Leids. Damit ist der Fonds Ausdruck eines veränderten Selbstverständnisses der Republik Österreich im Umgang mit der eigenen Geschichte und – vor allem – mit den Opfern des Nationalsozialismus.

In der großen „Opfergemeinschaft“, der sich die meisten ÖsterreicherInnen nach einem verlorenen Krieg, in zerbombten Häusern, in einem zugleich befreiten und besetzten Land zugehörig fühlten, war wenig Platz für diejenigen, die vom NS-Regime drangsaliert, ausgeraubt, vertrieben, gefoltert, fast ermordet worden waren. Das offizielle Österreich tat wenig, um diese Stimmung zu ändern. Die Rückkehr der ins Exil Gezwungenen nach Österreich wurde nicht aktiv betrieben, sondern mit bürokratischen Hürden wie bei der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft noch erschwert. Viele, die in Konzentrationslagern das Schlimmste erlebt und überlebt hatten, wurden im Nachkriegsösterreich als „KZler“ beschimpft.¹ WiderstandskämpferInnen und andere politisch Verfolgte konnten zumindest auf die Netzwerke der jeweiligen politischen Lager zählen. Die Erfahrungen vieler an-

derer wurden hingegen kaum wahrgenommen, wenn nicht verächtlich gemacht. In besonderem Ausmaß galt dies für Menschen, die auch nach Kriegsende weiterhin ausgegrenzt, diskriminiert oder, zum Teil noch bis in die jüngste Vergangenheit, kriminalisiert wurden – die als „asozial“ Beschimpften, Homosexuelle, Roma und Sinti, Menschen mit geistiger Behinderung sind Beispiele dafür. Man vergesse auch nicht die Ressentiments, denen die slowenischsprachigen KärntnerInnen bis auf den heutigen Tag gegenüberstehen; man vergesse nicht, dass der Antisemitismus am 8. Mai 1945 nicht aus den Köpfen der Menschen verschwunden ist.

Zwar gab es die Rückstellungsgesetze und -verfahren der 1940er- und 1950er-Jahre sowie Entschädigungsmaßnahmen, die Opferfürsorge und Hilfsfonds. Eine Geste der Versöhnung und Anerkennung der Republik gegenüber allen Opfern des Nationalsozialismus blieb jedoch aus. Erst mit dem nahen Ende des „Kalten Krieges“ gelang eine (späte) Selbstbefragung der österreichischen Gesellschaft, ein offener Blick auf und das Reden über die eigene Vergangenheit in den Familien, in den Medien, in der Wissenschaft, vor allem auch in der Politik, was die Opferthese allmählich abbröckeln ließ. Nach dem dafür wesentlichen Katalysator, der heftigen Auseinandersetzung um Kurt Waldheims Rolle im Zweiten Weltkrieg und seinen Umgang damit, war ein wesentlicher Ausgangspunkt für die Neubewertung der Rolle Österreichs und seiner Bevölkerung im „Dritten Reich“ die Rede des damaligen Bundeskanzlers Franz Vranitzky im Nationalrat am 8. Juli 1991. Darin bekannte er sich „zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“.² Vier Jahre später wieder-

holte Peter Kostelka dieses Bekenntnis in der parlamentarischen Debatte zur Einrichtung des Nationalfonds aus Anlass des 50. Jahrestages der Zweiten Republik: „Dieser Nationalfonds, den wir heute schaffen wollen, ist ein Akt des Bekenntnisses der Mitschuld von Österreichern an Verbrechen des Nationalsozialismus.“³

Mit der Einrichtung des Nationalfonds beim Parlament im Jahr 1995 hat die Republik Österreich ein Zeichen gesetzt dafür, dass sie sich zu ihrer „besonderen Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus“ bekennt. Diese ausgestreckte Hand wurde von vielen Menschen angenommen, da sie merkten, dass damit ein Raum geschaffen wurde, wo sie mit dem nötigen Respekt behandelt werden, wo man ihnen auch zuhört, wenn sie ihren Schmerz, ihre Verbitterung, ihren Zorn zum Ausdruck bringen wollen. So hat sich der Nationalfonds im Laufe der Jahre als eine zentrale österreichische Anlaufstelle für die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus etabliert, eine „Anlaufstelle für tausend Schmerzen“, wie es der verstorbene Präsident der IKG Wien Paul Grosz formulierte. Vor allem für die vielen ÖsterreicherInnen, die nicht zurückgekehrt sind, ist der Fonds eine wichtige Brücke in die alte Heimat. Als Generalsekretärin bin ich gesetzlich verpflichtet, „die Verbindung zwischen Österreich und den im Ausland lebenden Opfern des Nationalsozialismus zu pflegen“.

1 Heidemarie Uhl, Abschied von der Opferthese, in: Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus und Allgemeiner Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus (Hrsg.), Geschäftsbericht 2008–2009, Wien 2010, S. 22.

2 Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVIII. GP, 35. Sitzung, 8. Juli 1991, S. 3282.

3 Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XIX. GP, 40. Sitzung, 1. Juni 1995, S. 61. Der Entschließungsantrag der Freiheitlichen, den zu errichtenden Fonds als „Nationalfonds für Opfer der Gewalt im ‚Schrecklichen Jahrzehnt‘ von 1938 bis 1948“ zu bezeichnen und die Opferdefinition auf die „Altösterreicher deutscher Zunge, die aus den früheren Nachfolgestaaten des ehemaligen Österreich-Ungarn zu Millionen vertrieben wurden“, auszuweiten, wurde abgelehnt. Vgl. dazu Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVIII. GP, 173. Sitzung, 16. Juli 1994, S. 20846 und 20849.

„Es ist eine unverständliche Haltung, Armeen wie das österreichische Bundesheer mit der Wehrmacht Hitlerdeutschlands und die Militärgerichtsbarkeit in Rechtsstaaten mit den zumeist willfähigen Vollstreckern der nationalsozialistischen Ideologie in der NS-Justiz gleichzusetzen.“

Zugleich war und ist der Nationalfonds ein Ort des Politischen. Eine Einrichtung, in der Opferverbände, zivilgesellschaftliche Initiativen und WissenschaftlerInnen mit staatlichen Stellen und VertreterInnen politischer Parteien zusammenkommen und im wahrsten Sinne des Wortes Geschichtspolitik⁴ machen. Institutionellen Ausdruck finden diese Verhandlungen im Kuratorium, dem obersten Organ des Nationalfonds, das zugleich auch Aufsichtsorgan des 2001 eingerichteten Allgemeinen Entschädigungsfonds und des 2010 entstandenen Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich ist. Neben VertreterInnen der Bundesregierung und der Parlamentsklubs sind auch österreichische Opferorganisationen in diesem Gremium vertreten.

Die Praxis der Opferanerkennung durch den Nationalfonds ist ein anschauliches Beispiel für diesen gesellschaftlichen Ausverhandlungsprozess, den Elazar Barkan „Negotiating History“ bezeichnete.⁵ Dabei steht weniger der materielle Wert der „Geste“ im Vordergrund, sondern die gesellschaftliche Bedeutung der Anerkennung als Opfer durch die Republik. Zum einen erkannte das Nationalfondsgesetz erstmals Gruppen den Opferstatus zu, die zuvor keine Anerkennung gefunden hatten. Zum anderen wurde auf Grundlage

der Bestimmung, dass auch Personen, die „auf andere Weise Opfer typisch nationalsozialistischen Unrechts geworden sind“, anerkannt werden, der Kreis der Antragsberechtigten seit 1995 sukzessive erweitert. Oft waren wissenschaftliche Forschungsergebnisse für die Berücksichtigung als Opfer im Sinne des Nationalfondsgesetzes ausschlaggebend. Als Beispiele seien hier erwähnt:

- die sogenannten *SpanienkämpferInnen*, die sich im Spanischen Bürgerkrieg am Kampf gegen die Truppen General Francos beteiligten. Nach der Niederlage der Republikaner gerieten viele derer, die nicht gefallen waren, in die Fänge des NS-Regimes und wurden in Konzentrationslagern interniert. Andere waren in der französischen Résistance tätig. Es ist ein Verdienst des DÖW, die Namen und Biographien dieser Menschen, die weit entfernt von ihrer Heimat und lange vor Beginn des Zweiten Weltkriegs gegen den Faschismus kämpften, für eine breitere Öffentlichkeit zu dokumentieren.
- die *Witwen, Witwer oder Kinder von hingerichteten, in Haft oder im Konzentrationslager verstorbenen Personen*, ebenso die *Eltern von Kindern, die der NS-„Euthanasie“ zum Opfer gefallen waren*.
- *Personen mit einem jüdischen Elternanteil*, sogenannte *Mischlinge ersten Grades*, auch wenn sie keiner konkreten Verfolgungshandlung ausgesetzt waren. Es reicht für die Anerkennung durch den Nationalfonds aus, dass dieser Personenkreis der ständigen Gefahr ausgesetzt war, bei einer Verschärfung der NS-Gesetze das Schicksal der („Voll“-)Jüdinnen und Juden zu teilen.
- *Kinder*, die in der Zeit des Nationalsozialismus in der *Anstalt „Am Spiegelgrund“* in Wien festgehalten wurden, wo man sie misshandelte und oft auch medizinischen Versuchen aussetzte.

- *Wehrdienstverweigerer und Deserteure der Deutschen Wehrmacht*. Hierbei handelte es sich um ein besonders umstrittenes Kapitel der Opferanerkennung, wurden doch jene, die sich weigerten, an Hitlers Vernichtungskrieg (weiter) teilzunehmen, nach 1945 oft als Feiglinge und Verräter betrachtet oder gar des „Kameradenmords“ beschuldigt. Die NS-Militärjustiz hatte über 30.000 Todesurteile gegen Wehrmachtsangehörige verhängt, von denen über 20.000 auch vollstreckt wurden. Zehntausende weitere Soldaten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt oder zu Strafbataillonen abkommandiert.⁶ Ihr Handeln als Akt des Widerstands zu werten, wurde jahrzehntelang mit dem Argument verweigert, dass Fahnenflucht auch in demokratischen Staaten strafrechtlich verfolgt werde. Es ist eine unverständliche Haltung, Armeen wie das österreichische Bundesheer mit der Wehrmacht Hitlerdeutschlands und die Militärgerichtsbarkeit in Rechtsstaaten mit den zumeist willfähigen Vollstreckern der nationalsozialistischen Ideologie in der NS-Justiz gleichzusetzen. Daher erkennt der Nationalfonds seit 2002 Wehrdienstverweigerer und Deserteure als Opfer des Nationalsozialismus an. Damit wurde auch eine Änderung des öffentlichen Diskurses in dieser Frage mitbefördert, die sich sieben Jahre später im Anerkennungs- und Rehabilitationsgesetz, BGBl. I 110/2009 manifestierte.

Der Nationalfonds leistet nicht nur individuelle Zahlungen an Opfer des Nationalsozialismus, sondern unterstützt zahlreiche Projekte, die Opfern des Nationalsozialismus zugutekommen, der wissenschaftlichen Erforschung des Nationalsozialismus und des Schicksals seiner Opfer dienen, an das nationalsozialistische Unrecht erinnern oder das Andenken an die Opfer wahren. Schwerpunkte der Projektförderung sind zum einen Hilfsprojekte für Überlebende vor allem im sozialmedizinischen und psychotherapeutischen Bereich, zum anderen die Wahrnehmung des bildungspolitischen Auftrages der „Holocaust education“.

4 Oliver Rathkolb definiert Geschichtspolitik als „Handlungs- und Politikfeld, in dem Eliten sowie einzelne AkteurInnen um gesellschaftspolitische Deutungsmacht mittels Geschichtskonstruktionen und Geschichtsdeutungen konkurrieren“. Oliver Rathkolb, Öffentliches Verhandeln über die Geschichte des Holocaust, in: Renate Meissner (Hrsg.), Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus. Entwicklung, Aufgaben, Perspektiven, Wien 2010, S. 14–20, hier S. 15.

5 Elazar Barkan, *The Guilt of Nations. Restitution and Negotiating Historical Injustices*, New York 2000. Die deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel *Völker klagen an. Eine neue internationale Moral* im Jahr 2002 im Patmos-Verlag.

6 Thomas Walter, „Schnelle Justiz – gute Justiz“? Die NS-Militärjustiz als Instrument des Terrors, in: Walter Manoschek (Hrsg.), *Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich*, Wien 2003, S. 27.

Eines konnte der Nationalfonds freilich nicht leisten: eine Behebung der „imperfect justice“ (Stuart Eizenstat), die aus den Lücken in der Entschädigungs- und Rückstellungsgesetzgebung der Zweiten Republik resultiert war. In allgemeine Erinnerung gerufen wurde dieser Umstand durch die auf eben diese Lücken abzielenden Sammelklagen in den USA gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen. Diese Rechtsstreitigkeiten konnten nach schwierigen Mehrparteienverhandlungen im Wege eines bilateralen Abkommens zwischen der Republik Österreich und den USA beigelegt werden, des sogenannten Washingtoner Abkommens vom Jänner 2001. Auf dessen Grundlage wurde unter anderem der Allgemeine Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet. Außerdem kam es zu einer pauschalen Entschädigung für entzogene Mietrechte im Rahmen des Nationalfonds – das Fehlen einer entsprechenden Regelung bis dahin stellte ja ein besonders schwerwiegendes Versäumnis der österreichischen Politik im Umgang mit den NS-Opfern dar. Die 1998 eingerichtete Österreichische Historikerkommission hatte diese und andere bekannte, aber nicht systematisch untersuchte Lücken in den österreichischen Restitutions- und Entschädigungsmaßnahmen verdienstvollerweise erforscht und darüber ausführlich berichtet. Zweifellos hatte aber auch der Nationalfonds zu einer gesellschaftlichen Sensibilisierung beigetragen, die den Boden dafür bereitete, dass ein Gesetz zur Regelung einer historisch und juristisch komplexen Materie wie der Entschädigung der Vermögensverluste von NS-Opfern im Nationalrat einstimmig beschlossen werden konnte und die Notwendigkeit der „umfassenden Lösung offener Fragen der Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus für Verluste und Schäden, die als Folge von oder im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus entstanden sind“, seither nie in Frage gestellt worden ist. Nicht zuletzt diese gesellschaftliche Akzeptanz ermöglichte es den MitarbeiterInnen des Entschädigungsfonds und den Mitgliedern des unabhängigen Antragskomitees in den letzten Jahren, ihre schwierige Arbeit rasch und korrekt zu erledigen. Zur Bearbeitung der 160.000 angemeldeten Forderungen, die die Verluste von mehr als 52.000 Personen betrafen, holten die HistorikerInnen des Entschädigungsfonds über 70.000 Akten bzw. Dokumente ein. 103.000 Forderungen wurden vom



Das von HistorikerInnen des Entschädigungsfonds konzipierte Online-Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus soll den österreichischen NS-Opfern und ihren Nachkommen ebenso wie der wissenschaftlichen Community die Spurensuche in den österreichischen Archivbeständen erleichtern.

Antragskomitee als zu Recht bestehend anerkannt. Heute sind alle 20.702 Anträge entschieden und die Fondsmittel von 210 Millionen US-Dollar fast zur Gänze ausbezahlt.

Abgesehen davon, dass im Kontext der ungeheuerlichen Verbrechen des NS-Regimes von einer vollständigen „Wiedergutmachung“ keine Rede sein kann, bleibt festzuhalten, dass mit dem Geld, das dem Entschädigungsfonds zur Verfügung stand, die vom Antragskomitee festgestellten Verluste nur zum Teil entschädigt werden konnten. Doch ähnlich wie beim Nationalfonds ging und geht es auch beim Entschädigungsfonds nicht nur um die Höhe der ausbezahlten Beträge. Ein wichtiges „Nebenprodukt“ der Entscheidung über einen Antrag ist, dass die Geschichte des Vermögens einer Familie, der Entziehung wie auch der Rückstellung und Entschädigung, für die AntragstellerInnen nachvollziehbar wird, die auf diese Weise oft ein verlorenes Stück Vergangenheit zurückbekommen. Im familiären Gedächtnis vieler Opfer gibt es „weiße Flecken“; Fragen, die Kinder ihren Eltern nicht gestellt oder die diese nicht beantwortet haben, weil über schmerzhaft Erinnerungen nicht gesprochen wurde. Die vielen Anfragen zur Familiengeschichte, die uns von Personen der „zweiten“ und „dritten Generation“ erreichen, machen deutlich, dass es ein großes Bedürfnis gibt, diese Leerstellen auszufüllen.

Aus diesem Grund haben HistorikerInnen des Entschädigungsfonds, gestützt auf das im Zuge der Recherchen für die Antrags-

bearbeitung in den letzten zehn Jahren entstandene, umfangreiche Datenmaterial, ein *Online-Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus* konzipiert. Das Ziel ist dabei, den österreichischen NS-Opfern und ihren Nachkommen, aber auch der wissenschaftlichen Community und einer interessierten Öffentlichkeit den Zugang zu österreichischen Archivbeständen und die Suche nach „familiären Spuren“ dort zu erleichtern und somit die familiengeschichtliche, wissenschaftliche, bildungspolitische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Nachwirkungen in Österreich zu fördern.

Zahlreiche österreichische Archive, allen voran das Österreichische Staatsarchiv und einige Landesarchive sowie Institutionen wie die Österreichische Nationalbibliothek, unterstützen uns dabei als Kooperationspartner. Das *Findbuch* stellt eine sinnvolle Ergänzung ähnlicher Projekte dar, die der Nationalfonds mitfinanziert hat, wie etwa der Erfassung und Katalogisierung von Quellen in österreichischen Archiven durch Yad Vashem oder der vom Wiener Wiesenthal-Institut betriebenen *Plattform NS-Quellen*.

Wir verbinden mit diesem Projekt, das ganz in der Tradition des Nationalfonds wesentlich vom großen Engagement unserer MitarbeiterInnen getragen wird, die Hoffnung, dass es, indem es den Zugang zu den Quellen erleichtert, auch die Qualität des geschichtspolitischen Diskurses in diesem Land weiter erhöht.

REZENSIONEN

Kammerstätter, Johannes: Unsere jüdischen Landsleute und ihr tragbares Vaterland. Wieselburg: Papercomm-Verlag 2012. 3 Bde, 1200 S.

In drei reich bebilderten und schön gestalteten Bänden erzählt der Autor Johannes Kammerstätter die Geschichte der Jüdinnen und Juden im niederösterreichischen Mostviertel, in den Bezirken Amstetten, Melk, Scheibbs und der Statutarstadt Waidhofen an der Ybbs.

In Band 1 *Heimat trotz alledem* werden die Jahre von 1880 bis 1939 thematisiert. Kammerstätter beschreibt nicht nur einzelne Kultusgemeinden und ihre Vertreter, sondern benennt auch das antisemitische Umfeld, das sich im Laufe der Jahrzehnte zusehends radikalisierte. Die Positionen und Strategien der einzelnen Parteien und Gruppierungen werden im Hinblick auf Antisemitismus und Nationalsozialismus beleuchtet: der Heimwehren, Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken, Protestanten und auch der Nationalsozialisten vor 1938. Schließlich schildert der Autor mit zahlreichen Beispielen die Macht ergreifung der Nationalsozialisten im März 1938 und die ersten Pogrome, Schikanen und Raubzüge. Die Überlebenden kommen selbst zu Wort und berichten auch von Hilfe und Solidarität, mehr aber von Demütigungen, Verhaftungen, Verfolgungen. Wertvoll ist, dass der Autor auch die Täter – Personen und Institutionen – namentlich sichtbar macht und die Erzählungen in der Trilogie weit über das Kriegsende hinaus fortführt. Dies bewahrt das Vorhaben vor einem allzu versöhnlichen Gedenkbuch, in dem alle zu Getriebenen ihrer Zeit werden und Verantwortung nicht mehr an konkrete Personen gebunden ist. Das Buch zeigt auf, dass zwar die großen Vernichtungslager nicht vor Ort waren, die Verfolgungen aber für alle sichtbar in der unmittelbaren Nachbarschaft begannen und die Täter, NutznießerInnen und MitläuferInnen – auch ohne jeden Zwang – konkrete Handlungen setzten, die konkrete Mitmenschen – oft langjährige NachbarInnen, KollegInnen, Bekannte – verletzten, beraubten, demütigten.

Band 2 *Heimat zum Mitnehmen* erzählt die Geschichte von 74 jüdischen Familien des Mostviertels und bringt Auszüge aus Erinnerungen, schriftlich Überliefertes, historische und aktuelle Fotos und Faksimiles

von Dokumenten und Briefen. Die Bandbreite der NS-Verfolgung und ihrer Folgen wird hierbei anschaulich an den konkreten Einzelpersonen dargestellt: Verfolgung, Inhaftierung und KZ, Deportation und Tod, Flucht und Vertreibung, Exil und – selten – Rückkehr. Durch die Erzählung zusammenhängender Familiengeschichten offenbart sich immer wieder, dass jede Geschichte einer Rettung vor allem eine der Verfolgung ist, dass nur wenige Juden und Jüdinnen davongekommen sind und alle den sinnlosen und gewaltsamen Tod vieler Verwandter und Nahestehender erfahren mussten.

In Band 3 *Tragbares Vaterland* finden sich vor allem Texte, Essays, Gedichte jüdischer Familien, Auszüge aus Tagebüchern und Fluchtberichten sowie eine Datensammlung der Shoah-Opfer aus dem Mostviertel, deren Basis das DÖW mit der Datenbank der österreichischen Holocaustopfer erarbeitet hat. Der Band thematisiert weitere Bereiche des historischen Kontextes – von der Zwangsarbeit über die Euthanasie-Morde und Endphaseverbrechen bis hin zur justiziellen Ahndung von NS-Verbrechen nach der Befreiung.

Die Trilogie wäre – nicht nur – allen Schulbibliotheken und regionalen Büchereien sehr zu empfehlen, zumal sie zu einem vergleichsweise günstigen Preis erhältlich ist. Der Zugang über regionale Details, über Lebensgeschichten, die für ganze Familien vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart nachgezeichnet und illustriert werden, über Berichte zu den Untätern, aber auch zu den Widerständigen und HelferInnen eignet sich sicher für eine breite LeserInnenschaft, zumal die Erzählungen in den historischen Kontext eingebettet sind.

Informationen und Bestellmöglichkeit auf: www.tragbaresvaterland.at.

Christine Schindler

Halbrainer, Heimo, Michael Schiestl (Hrsg.): Adolzburg statt Judenburg. NS-Herrschaft: Verfolgung und Widerstand in der Region Aichfeld-Murboden. Graz: Clio 2011. 298 S.

Kurz nach dem „Anschluss“ ersuchte der Amtsverwalter der obersteirischen Stadt Judenburg den Führer, „diese altehrwürdige Bergstadt [...] von ihrem sie geradezu schmähenden Namen zu befreien“. Einheimische forderten eine Umbenennung in

„Jubelburg“ oder „Adolzburg“. Während der antisemitische Säuberungswunsch im Stadtnamen bis 1945 unerfüllt blieb, setzten die lokalen Nationalsozialisten die Ausgrenzung, Beraubung und Vertreibung der jüdischen EinwohnerInnen prompt um. Bis Ende Dezember 1938 wurde deren gesamter Besitz liquidiert oder „arisiert“.

Der Historiker und Leiter des Judenburger Stadtmuseums Michael Schiestl konnte 69 Fälle der systematischen Beraubung dokumentieren. Schiestl beschreibt in dem von ihm und Heimo Halbrainer herausgegebenen Band *Adolzburg statt Judenburg* aber nicht nur den Prozess der lokalen Vertreibung der jüdischen Bevölkerung, sondern auch die Vorgeschichte, spricht den Antisemitismus als Bestandteil der politischen Kultur der Region Aichfeld-Murboden in den 1920er- und 1930er-Jahren, der der Barbarei den Weg bereitete. Die Ermordung ungarisch-jüdischer Zwangsarbeiter im April 1945 durch lokale Volkssturmmänner, nachgezeichnet von Heimo Halbrainer, ist der grauenhafte Tiefpunkt der regionalen Geschichte des Antisemitismus.

Der Sammelband mit dem Untertitel *NS-Herrschaft: Verfolgung und Widerstand in der Region Aichfeld-Murboden* beschränkt sich verdienstvollerweise nicht nur auf die Jahre 1938–1945. In fünf Abschnitten (Vorgeschichte; NS-Herrschaft und Terror; Widerstand und Opposition; Kriegsende; Nachgeschichte: Aufarbeiten und Erinnern) wird ein gut recherchiertes und aus vielen Perspektiven geschriebenes Kompendium einer regionalen Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, dessen Aufstiegs, Zusammenbruchs und dessen politischen, justiziellen und erinnerungskulturellen Verarbeitung geboten.

Im Anhang haben die beiden Herausgeber zusätzlich die Namen der NS-Opfer aus der Region versammelt und Kurzbiographien zu ihnen verfasst, sodass ein „papierenes Denkmal der Namen“ entstand. Nicht nur in diesem Bereich der personenbezogenen Forschung und personalen Erinnerung haben die Herausgeber für die Region Neues geleistet. Neben der konzisen und für ein breites Publikum aufbereiteten Präsentation bereits bekannter Aspekte und des regionalen antinazistischen Widerstands gibt es eine Reihe von Beiträgen, die Forschungslücken schließen, etwa der eingangs erwähnte Beitrag von Michael Schiestl oder Heimo Halbrainers

Darstellung zur Deportation von Patienten des Siechenhauses in Knittelfeld in die Vernichtungsanstalt Hartheim. Insgesamt liegt mit dem Buch ein wichtiges Beispiel für lokal- und regionsbezogene Forschungs-, Vermittlungs- und Erinnerungsarbeit zur NS-Herrschaft und ihren Nachwirkungen vor.

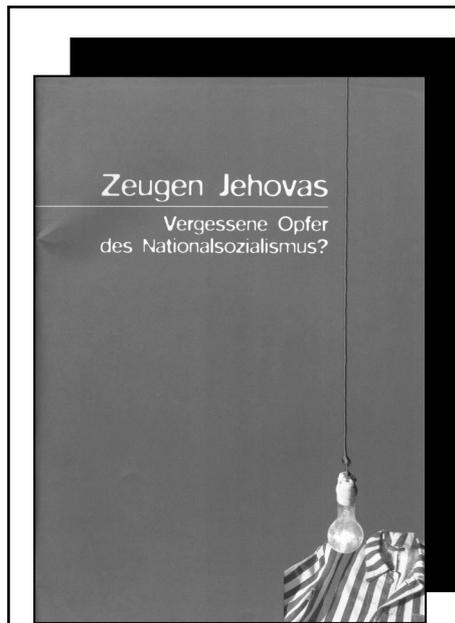
Peter Pirker

Binner, Rolf, Bernd Bonwetsch, Marc Junge: Massenmord und Lagerhaft. Die andere Geschichte des Großen Terrors. Berlin: Akademie Verlag 2009. 771 S.

Binner, Rolf, Bernd Bonwetsch, Marc Junge (Hrsg.): Stalinismus in der Provinz 1937–1938. Die Massenaktion aufgrund des operativen Befehls Nr. 00447. Berlin: Akademie Verlag 2010. 730 S.

Jahrzehntlang beschäftigte sich die Geschichtswissenschaft mit dem „offenen Gesicht“ des Großen Terrors unter Josef Stalin in den 1930er-Jahren: die Schauprozesse gegen seine einstigen Mitstreiter, die Enthauptung der Roten Armee und die gezielte Verfolgung von Parteimitgliedern, die sogenannte „Kaderrevolution“. Als das „verdeckte Gesicht“ des Terrors werden die bis vor 20 Jahren geheim gehaltenen Vernichtungsfeldzüge gegen „normale Bürger“ der UdSSR beschrieben. Die erste Bresche in die Mauer des Schweigens schlug die Gewerkschaftszeitung *Trud* am 4. Juni 1992: sie publizierte den Brief des Politbüros vom 31. Juli 1937, in dem der Geheimpolizei NKVD befohlen wurde, landesweit 270.000 Bürger zu erschießen oder in Lager und Gefängnisse einzuweisen. Der Brief war die Basis für den „Operativen Befehl No. 00447“ des NKVD, den Startschuss für eine bis dahin beispiellose Terrorkampagne, die ursprünglich vier Monate (August–November 1937) dauern sollte, jedoch bis November 1938 weiterlief und schließlich 800.000 Opfer forderte. Etwa 40 Prozent wurden erschossen, in Wäldern oder Gefängniskellern.

Rolf Binner und Marc Junge wussten sehr früh um die Einmaligkeit der „Anti-Kulakenoperation Nr. 00447“ und forschten vor Ort in der Russischen Föderation. Ihre ersten Ergebnisse (in deutscher Sprache) veröffentlichten sie 2000/2001 im *Cahier du Monde russe*, knapp 100 Seiten einer scharfen Analyse des Massenmordes, die sie mit einer wertvollen Bibliographie ergänzten. Anschließend brachten sie zwei Bücher zur Geschichte der Operation in Russland heraus.



Broschüre als Download

Zeugen Jehovas

Vergessene Opfer des Nationalsozialismus?

www.doew.at

Keine andere Gruppe widersetzte sich derart geschlossen nationalsozialistischen Anforderungen wie die Zeugen Jehovas, die aus Glaubensgründen den Wehrdienst ebenso wie die Arbeiten in der Rüstungsproduktion verweigerten. Die vom DÖW 1998 herausgegebene und mittlerweile vergriffene Broschüre (61 Seiten) enthält u. a. Beiträge von Detlef Garbe, Sybil Milton, Franz Aigner und Vinzenz Jobst.

Bei der nun vorliegenden zweibändigen Version sind indes einige Beanstandungen anzumerken. Weniger – etwa maximal 400 Manuskriptseiten, mit dem Dokumententeil als beigelegter CD oder als Internetdownload – wäre in diesem Fall tatsächlich mehr gewesen. Im ersten Band wird der Verlauf der Operation anhand von Archivdokumenten akribisch nachgezeichnet; im zweiten Band die Verfolgung in verschiedenen Regionen und Bevölkerungszentren (Altaj, Westsibirien, Leningrad, Kalinin, Donbass, Kiew). Was gänzlich fehlt, ist eine Behandlung der „Anti-Kulakenoperation“ in einem weiteren politischen wie ideologischen Umfeld. Die Motivation hinter dem Massenterror 1937/38 (mindestens 1,5 Millionen Verhaftete, 800.000 Erschießungen), eine unter Stalinismus-ExpertInnen als notwendig erachtete Pflichtübung, wird in keinem der Bände adäquat beleuchtet. In Forscherforen werden häufig drei Beweggründe für den Massenterror 1937/38 genannt: erstens, die ungünstige internationale Lage (Vormarsch der Faschisten in Spanien und der japanischen Invasoren in China); zweitens, die offensichtliche Absicht der Sowjetführung, ein und für alle Mal mit „antisowjetischen Elementen“ abzurechnen, einschließlich der „Verlierer“ der Industrialisierung und Kollektivierung, sprich der Vagabundenarmeen von entwurzelten Bauernfamilien, entflohenen

Strafgefangenen und Wiederholungstätern aus dem kriminellen Milieu. Für solchen „Abfall“ sollte es keinen Platz mehr im Arbeiter- und Bauernstaat geben. Das dritte Motiv, das auf dem Februar-März-Plenum 1937 des Zentralkomitees viele Redner offenkundig bewegte, war die als bedrohlich empfundene Lage auf dem flachen Land. Dort waren die Bolsheviki (nur einer von 100 Erwachsenen in ländlichen Gebieten war Parteimitglied) mit dem Scheitern ihrer eigenen atheistischen Propaganda konfrontiert, wobei das Erstarken kirchlicher Gruppen und Sekten durch zwei unbeabsichtigte Folgen „liberaler“ Maßnahmen begünstigt worden war: die Rückkehr der „entkulakisierten“ Bauern nach fünfjähriger Verbannungsfrist in das heimatliche Dorf sowie die in der neuen Sowjetverfassung (1936) proklamierte Aufhebung des Wahlverbots für Priester, ehemalige Bürgerliche und sonstige Befürworter des alten Russlands. Da Wahlen zum Obersten Sowjet für November 1937 festgesetzt waren, schien eine Konfrontation mit „antisowjetischen Elementen“ programmiert. Dazu kam es jedoch nicht, weil man rechtzeitig die Kandidatenliste auf Parteimitglieder und „parteilose Bolsheviki“ beschränkte. „Operation 00447“ richtete sich zunächst gegen Randgruppen der Gesellschaft, insbesondere gegen Kleinkriminelle, die in den allermeisten Fällen innerhalb zweier

Wochen erschossen wurden. Dann kamen die ehemaligen Kulaken an die Reihe und weitere „Widerspenstige“ aus dem bäuerlichen Milieu, die oft starben, nur weil sie ihrem Unmut über den Frondienst als Kolkhozmitglieder Ausdruck verliehen hatten. Die dritte Welle – „Operation 00447“ lief, von einigen Regionen abgesehen, im 1. Quartal 1938 aus – verschlang geeichte Gegner des Regimes wie die Makhno-Leute aus Zeiten des Bürgerkrieges in der Ukraine, noch in Freiheit befindliche Sozialistische Revolutionäre, ehemalige Offiziere der Weißen Armee, vormals zaristische Gendarmen und Armeeeoffiziere oder Teilnehmer an früheren Bauernrevolten gegen die Sowjetmacht.

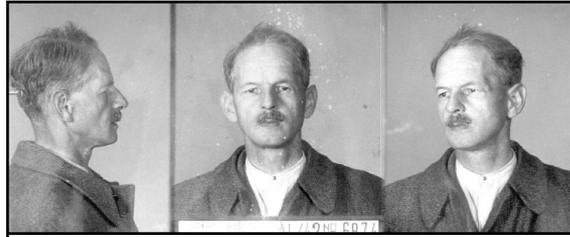
Die Beiträge im zweiten Band zeigen die Vielfalt der Opfer, aber auch die Mentalität der Täter. Etliche russische Autoren stellen anhand von Statistiken einen Trend fest: weg von Lagerhaft und hin zur Todesstrafe in den letzten Monaten von „Operation 00447“. Das entsprach der Verurteilungspraxis auch bei den größten Verhaftungswellen des Jahres 1938 – den „nationalen Operationen“ gegen Immigranten und Volksminderheiten, vor allem gegen Polen, Deutsche und Letten.

Beeindruckend sind die zahlreichen Hinweise darauf, dass „Operation 00447“ vom Politbüro streng kontrolliert wurde, etwa durch die Ernennung neuer NKVD-Kommandeure oder durch die Erhöhung der für jede Region vorgesehenen Zahl an Verurteilungen (Lagerhaft oder Todesstrafe). Dabei kommen Überlebende zu Wort oder auch die gestürzten Täter, die 1939/40 nicht selten unter Anklage standen. Beide Bände stellen ein wichtiges Nachschlagewerk für das Studium stalinistischer Massenverbrechen dar, auch wenn die enge Fokussierung kaum LeserInnen außerhalb des einschlägigen ExpertInnenkreises ansprechen dürfte.

Barry McLoughlin

Baberowski, Jörg: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. München: C. H. Beck 2012. 606 S.

In seiner viel gepriesenen Neuerscheinung zeichnet Jörg Baberowski, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, in einem großen Wurf die Geschichte des Stalinismus als Geschichte hemmungsloser Gewalt, vom Ende des Zarismus bis zum Tod Stalins. Baberowski schreibt klare, prägnante Sätze, bringt Argumente auf den Punkt und pflegt einen Stil, der sich wohlthuend von der „gelehrten“ Aus-



Nicht mehr anonym

Die Datenbank enthält eine Auswahl von über 4600 Fotos aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien, ergänzt durch Kurzbiographien der Opfer, Auszüge aus Dokumenten etc.

Die Kartei, die aus Beständen des Wiener Stadt- und Landesarchivs stammt, wurde 2001 im DÖW gescannt und in einer Datenbank erfasst. Fehlende Fotos konnten teilweise aus den Beständen des DÖW ergänzt werden.

www.doew.at

Jakob Matzner, geboren am 11. Dezember 1885

Wegen „Tarnung als Arier“ wurde der Handelsangestellte Jakob Matzner am 9. November 1942 von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst. Er wurde am 11. März 1943 nach Auschwitz deportiert, wo er am 18. Dezember 1943 umkam.

Aus dem Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 2, 3.–5. November 1942:

„Er war mit einer Arierin verheiratet und hat bisher seine jüdische Abstammung verschwiegen. [...] Als vor ungef. 2 Monaten durch seine vorgesetzte Behörde die Vorlage des Ariernachweises verlangt wurde, flüchtete er nach Ungarn, wurde dort festgenommen und hierher überstellt. Gegen Matzner wird Schutzhaft beantragt.“

drucksweise mancher deutschsprachiger HistorikerInnen abhebt. Sein Buch ist auch deshalb ungewöhnlich, weil es mit einem Bekenntnis eigenen Scheiterns anfängt: als er den Text seiner Publikation *Roter Terror* (2003) für den englischen Verleger vorbereitete und sich Ergänzungen überlegte, stellte er fest, diese, seine erste Studie zur stalinistischen Gewalt „entsprach mir nicht mehr“. Mehr noch: während Baberowski 2003 die These des Soziologen Zygmunt Bauman, „die Ordnungswut des Gärtnerstaates“ sei die Ursache der monströsen Vernichtungsexzesse des 20. Jahrhunderts“, für eine Offenbarung hielt, verwirft er sie nun: an Russland, einem Land ohne funktionierende Bürokratie oder Rechtssystem, ohne bürgerliche Gesellschaft und ohne demokratische Tradition, sei so gut wie nichts „modern“. In den sieben Abschnitten und 29 Kapiteln befasst sich Baberowski wenig mit der Psyche Stalins und auch nicht übermäßig mit der Ideologie des Marxisten-Leninisten. Er analysiert lieber die Gewaltpräferenz in der Führergruppe um Stalin, die aus einer gewalttätigen Volkskultur stammte und bis zum Ende des Bürgerkrieges 1921 sieben Jahre Menschen-schlachtens selbst erlebt bzw. zum Teil inszeniert hatte. Bei der „Entkulakisierung“

am Anfang der Kollektivierung 1930/31 vermischte sich die brutale Willkür der Partei- und Polizeieinsatzgruppen mit dem Neid des „Volkes“, das sich an Bessergestellten schadlos hielt – „die Stunde der Psychopathen und Sadisten“ (S. 183). Baberowski hebt die Wichtigkeit von Zwangsarbeit bei der Realisierung der großen Bauprojekte der Industrialisierung hervor und nennt sie „eine Form der internen Kolonisierung, eine Despotie, die die Versklavung der Untertanen in den Dienst höherer Ziel stellte“ (S. 202).

Bei seiner Darstellung des schließlich allumfassenden Terrors ab 1937 stellt der Autor die herkömmlichen Erklärungsmuster in Frage, weil diese Rationalisierungsstrategien entstammen: „eine Gewalt, die keinen Zweck verfolgt“, mute historisch unverständlich an, es handele sich jedoch um Gewaltexzesse, „die in ihrem Vollzug allein der Dynamik folgen, die sich aus ihnen selbst ergibt“. Daher sei Terror Selbstzweck gewesen – ein politischen Zielen und Zwecken dienender Terror wäre berechenbar und daher kein Terror mehr (S. 219).

Eine Stärke dieses an gelungenen Formulierungen und diskussionswürdigen Thesen reichen Buchs, das stellenweise an Hannah Arendts *Elemente und Ursprünge*

totaler Herrschaft erinnert, ist überdies die detaillierte Abhandlung über den „Weltanschauungskrieg“ 1941–1945. Baberowski schildert den erbitterten Widerstand der Rotarmisten, aber auch die Panik im Hinterland: in Donezk kam es zu Plünderungen und Chaos, in Iwanowo zu Arbeiterunruhen, als sich Parteifunktionäre und Fabrikdirektoren abzusetzen versuchten, und Mitte Oktober 1941 brach selbst in Moskau Panik aus, nach der Evakuierung der Ministerien verließ schätzungsweise ein Fünftel der Bevölkerung die Stadt. Stalin, der vom Schock des deutschen Überfalls schnell zur Routine zurückfand, ließ Köpfe rollen (Generäle, der Chef der Luftwaffe, der Rüstungsminister) und die Disziplin durch die tatsächliche Dezimierung kampfunwilliger Truppen straffen. Zwischen August und Oktober 1941 verurteilten Standgerichte 20.000 Soldaten zu Tode, während der Stalingrad-Schlacht weitere 13.500. Bis Mai 1945 wurden insgesamt 994.000 Rotarmisten („Deserteure, Feiglinge, Simulanten“) vor das Kriegsgericht gestellt: 157.000 wurde zum Tode verurteilt, die übrigen Verurteilten in Lager oder Strafbataillone geschickt. Weitaus mehr starben im Kampf, schätzungsweise neun Millionen, darunter eine Million in sinnlosen, aber prestigeträchtigen Frontalangriffen, als sich die Rote Armee bereits auf deutschem Territorium befand (Seelöwer Höhen, Schlacht um Berlin).

Nach dem gewonnenen Krieg gab es keine Lockerung der Zügel. Stalin, nun krank und gealtert, zog sich in seine Paläste am Schwarzen Meer zurück, witterte jedoch allenthalben Verrat. Mikojan und Molotov ließ der Diktator aus seinem engeren Führungskreis verbannen und vielversprechende Nachwuchspolitiker nach einem geheimen Prozess („Leningrader Affäre“ 1950) hinrichten. Stalins Tod bewahrte die jüdische Bevölkerung vor einem staatlichen Pogrom. Chruschtschow war entschlossen, das Morden zu beenden, daher sein rechtzeitiger Schachzug gegen Beria. Dass der Terror nun nicht mehr ein Mas-

senphänomen war, bezeichnet Baberowski als „eine Kulturrevolution, eine zivilisatorische Leistung, die das Leben von Millionen veränderte“ (S. 500).

Baberowskis stilistisch hervorragende Abhandlung wird bald zu einem Standardwerk über die Schrecken des 20. Jahrhunderts werden.

Barry McLoughlin

Persson, Sune: Rettung im letzten Augenblick. Folke Bernadotte und die Befreiung Tausender KZ-Häftlinge durch die Aktion „Weiße Busse“ / Ake Svenson: Die weißen Busse. Ein Augenzeugenbericht (1945). Berlin: Landt-Verlag 2011. 615 S.

Die Bezeichnung „Weiße Busse“ steht für eine Rettungsaktion am Ende des Zweiten Weltkriegs: Unter der Leitung des damaligen Vize-Präsidenten Folke Bernadotte führte das schwedische Rote Kreuz sie durch, um mit entsprechenden Fahrzeugen skandinavische Häftlinge aus den Konzentrationslagern in Ravensbrück, Sachsenhausen und Theresienstadt nach Schweden zu überführen. Unter den dadurch geretteten um die 18.000 Menschen fanden sich auch mehrere Tausend Juden. Dies erklärt, warum einer der seinerzeit genutzten Busse heute in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem ausgestellt ist. Über die historischen Ereignisse liegt jetzt eine umfangreiche Gesamtdarstellung auch in deutscher Sprache vor. Sune Persson, der als Professor am Institut für Staatswissenschaft an der Universität in Göteborg lehrte, hatte *Rettung im letzten Augenblick. Folke Bernadotte und die Befreiung Tausender KZ-Häftlinge durch die Aktion „Weiße Busse“* bereits 2002 in Schweden in der Erstausgabe veröffentlicht.

Es handelt sich um ein historisch-chronologisch aufgebautes Werk, das zunächst auf die Person von Bernadotte, die Entwicklung des Nationalsozialismus und dessen Judenverfolgung eingeht. Dann folgen Kapitel zu Dänemark und Norwegen unter deutscher Besatzung, der Hilfe schwedischer Juden und Jüdinnen für andere Juden in den deutschen Lagern und die Rolle Schwedens zwischen Aktivismus und Neutralität während des Zweiten Weltkriegs. Erst danach geht Persson auf die Vorgeschichte der Rettungsaktion ein, wobei das offizielle Schweden den direkten Kontakt zu Himmler suchte. Dessen vor Hitler verschwiegenen Bemühungen um einen Separatfrieden mit den westlichen Alliierten boten den Anknüpfungspunkt für die Gespräche. Bernadotte erhielt den Auftrag zu einschlägigen Verhandlungen, die dann in der Rettungsaktion mit den „Weißen Bussen“ mündeten. Entsprechende Fahrzeuge mit dem Zeichen des Roten Kreuzes fuhren im März und April 1945 durch Norddeutschland und retteten so vielen inhaftierten Dänen und Norwegern das Leben. Späteren Vorwürfen gegen Bernadotte, er habe sich nicht genügend für die Rettung von Juden und Jüdinnen engagiert, tritt Persson entgegen: „Tatsächlich setzten sich das schwedische Außenministerium und [...] Bernadotte schon länger dafür ein, zumindest die norwegischen und dänischen Juden nach Schweden zu retten. Auch über die Freilassung nichtskandinavischer Juden hatte es bereits Diskussionen zwischen dem schwedischen Außenministerium und deutschen Repräsentanten gegeben.“ (S. 218) Die gegenteiligen Unterstellungen bewertet der Autor weiter als „ungerecht und verlogen“ (S. 369).

Im Anhang der deutschen Ausgabe des Buches von Persson findet man mit *Die Weißen Busse. Ein Augenzeugenbericht (1945)* noch die persönlichen Erinnerungen von Ake Svenson, der als Reserveoffizier im Frühjahr 1945 zum Hauptmann und Leiter eines Zuges der „Weißen Busse“ berufen wurde. Außerdem dokumentiert der Band die Tagebuchskizzen des damaligen Chefs der „Abwehr“ Walter Schellenberg zum Thema.

Mit Perssons Buch liegt ein informatives und umfangreiches Werk zu einer bedeutenden Rettungsaktion in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs vor. Dem Autor geht es dabei erkennbar auch um eine Ehrenrettung Bernadottes, können sich die später gegen ihn erhobenen Vorwürfe doch nicht auf historische Quellen stützen. Gleichwohl hatte das schwedische Außenministerium die Rettung von Juden und Jüdinnen zumindest zeitweise ans Ende der Prioritätenliste gesetzt. Außerdem handelte Bernadotte nicht aus einer Position der Stärke oder Überlegenheit heraus und musste aus taktischen Gründen auch diplomatische Rücksichten nehmen. Beides hätte Persson ausführlicher thematisieren können, um so eine differenzierte Einschätzung dieser historischen Streitfrage zu ermöglichen. Unklar bleibt darüber hinaus, warum der Anhang der deutschen Ausgabe des Buches eine Einleitung von dem „freischaffenden Historiker“ Stefan Scheil enthält. Er ist mehr durch nationalkonservative denn seriös-wissenschaftliche Geschichtsschreibung bekannt geworden.

Mit Perssons Buch liegt ein informatives und umfangreiches Werk zu einer bedeutenden Rettungsaktion in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs vor. Dem Autor geht es dabei erkennbar auch um eine Ehrenrettung Bernadottes, können sich die später gegen ihn erhobenen Vorwürfe doch nicht auf historische Quellen stützen. Gleichwohl hatte das schwedische Außenministerium die Rettung von Juden und Jüdinnen zumindest zeitweise ans Ende der Prioritätenliste gesetzt. Außerdem handelte Bernadotte nicht aus einer Position der Stärke oder Überlegenheit heraus und musste aus taktischen Gründen auch diplomatische Rücksichten nehmen. Beides hätte Persson ausführlicher thematisieren können, um so eine differenzierte Einschätzung dieser historischen Streitfrage zu ermöglichen. Unklar bleibt darüber hinaus, warum der Anhang der deutschen Ausgabe des Buches eine Einleitung von dem „freischaffenden Historiker“ Stefan Scheil enthält. Er ist mehr durch nationalkonservative denn seriös-wissenschaftliche Geschichtsschreibung bekannt geworden.

Mit Perssons Buch liegt ein informatives und umfangreiches Werk zu einer bedeutenden Rettungsaktion in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs vor. Dem Autor geht es dabei erkennbar auch um eine Ehrenrettung Bernadottes, können sich die später gegen ihn erhobenen Vorwürfe doch nicht auf historische Quellen stützen. Gleichwohl hatte das schwedische Außenministerium die Rettung von Juden und Jüdinnen zumindest zeitweise ans Ende der Prioritätenliste gesetzt. Außerdem handelte Bernadotte nicht aus einer Position der Stärke oder Überlegenheit heraus und musste aus taktischen Gründen auch diplomatische Rücksichten nehmen. Beides hätte Persson ausführlicher thematisieren können, um so eine differenzierte Einschätzung dieser historischen Streitfrage zu ermöglichen. Unklar bleibt darüber hinaus, warum der Anhang der deutschen Ausgabe des Buches eine Einleitung von dem „freischaffenden Historiker“ Stefan Scheil enthält. Er ist mehr durch nationalkonservative denn seriös-wissenschaftliche Geschichtsschreibung bekannt geworden.

Armin Pfahl-Traugher

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:
Eva Kriss, Hannah M. Lessing, Barry McLoughlin,
Wolfgang Neugebauer, Peter Pirker, Christine
Schindler, Armin Pfahl-Traugher.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller:
Dokumentationsarchiv des österreichischen
Widerstandes, Wipplingerstraße 6–8 (Altes Rathaus),
1010 Wien;
Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitterrutzner,
Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at;
Sekretariat, Tel.: 22 89 469/319, Fax: 22 89 469/391,
e-mail: office@doew.at; web: www.doew.at).

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen oder Karton € 15,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30
... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30
... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** Wien 1996, 135 S. € 6,50
... Stück
- Kombiangebot*
Gedenken und Mahnen in Wien, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998 *und Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,* Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-)
... Stück
- Gerhardt Plöchl, **Willibald Plöchl und Otto Habsburg in den USA.** Ringen um Österreichs „Exilregierung“ 1941/42, Wien 2007, 288 S., Ladenpr. € 9,90
... Stück
- Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich.** Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis € 25,-** (Ladenpr. € 49,90)
... Stück
- Hans Landauer, Erich Hackl, **Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939,** 2. erw. Aufl., Theodor Kramer Gesellschaft 2008, 270 S., Ladenpr. € 29,90
... Stück
- Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch.** Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,-
... Stück
- Wolfgang Stadler, „... **Juristisch bin ich nicht zu fassen.**“ Die Verfahren des Volksgerichts Wien gegen Richter und Staatsanwälte 1945–1955, LIT Verlag 2007, 397 S., Ladenpr. € 29,90
... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,-
... Stück
- DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung.** Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50
... Stück
- DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition,** Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50
... Stück
- Bewahren – Erforschen – Vermitteln.** Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2008, 190 S., € 13,50
... Stück
- Martin Niklas, „... **die schönste Stadt der Welt.**“ **Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt.** Wien 2009, 232 S., € 19,90
... Stück
- Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky.** Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90
... Stück
- Günther Morsch / Bertrand Perz, **Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas.** Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung, Metropol Verlag 2011, 446 S., Ladenpr. € 24,-
... Stück
- Heinz Arnberger / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), **Gedenken und Mahnen in Niederösterreich.** Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung, Mandelbaum Verlag 2011, 712 S., Ladenpr. € 39,90
... Stück
- Florian Freund, **Die Toten von Ebensee.** Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., € 29,-
... Stück
- Jahrbuch 2011,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: **Politischer Widerstand im Lichte von Biographien,** Wien 2011, 302 S., € 13,50
... Stück
- Jahrbuch 2012,** hrsg. vom DÖW, **Gedenkstätte für die Opfer der Gestapo Wien.** Bilder und Texte der Ausstellung, Wien 2012, 205 S., € 9,50
... Stück
- Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich.** Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., € 19,50
... Stück

Alle angegebenen Preise exklusive Versandkosten.

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S

Verlagspostamt
1010 Wien